

Schweiz: Abc des Unfreisinnns | Die Weltwoche, Ausgabe 36/2015 | Samstag, 18. November 2017

# DIE WELTWOCH

Schweiz

---

## Abc des Unfreisinnns

---

Die FDP ist bei den Wählern im Aufschwung. Das sieht aus wie eine Erstarkung liberaler Kräfte. Bei näherem Hinsehen ist es damit nicht weit her.

*Von Beat Gygi und Florian Schwab*

Die freisinnige Partei der Schweiz, die «FDP. Die Liberalen», befindet sich in der Wählergunst im Aufschwung. Viele sehen sie als wiedererstartete liberale, wirtschaftsfreundliche Kraft mit weltoffenem Geist. Die Partei stellt auf ihrer Wahlplattform die Begriffe Freiheit, Gemeinnsinn und Fortschritt ins Zentrum und schreibt dazu: «Auf diesen Werten basieren freisinnige Errungenschaften wie unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Föderalismus, direkte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ein starker, aber schlanker Staat, das Milizsystem, ein gutes Bildungssystem und Weltoffenheit.» Die Weltwoche hat einige Punkte daraus und das Verhalten der Politiker näher angeschaut. Das Resultat ist ernüchternd. Bei vielen Gelegenheiten setzt sich die FDP nicht für einen schlanken Staat, nicht für Föderalismus, nicht



**Beat Gygi**

für Rechtsstaatlichkeit und nicht für direkte Demokratie ein.  
Hier ein Abc des Unfreisinn.

**Asylpolitik** – «Es gibt kein Asylchaos», hat FDP-Präsident Philipp Müller diese Woche im Gespräch mit Roger Schawinski gesagt. «Asylchaos stoppen!», so lautete dagegen der Titel eines FDP-Positionspapiers aus dem Jahr 2011. Dazu präsentierte die Partei damals ein Massnahmenpaket und hielt fest: «Wer die Debatte um das Bevölkerungswachstum und die hohe Einwanderung einfach als <Phantomdebatte> oder als <Wahlkampfgetöse> qualifiziert, setzt die Akzeptanz der schweizerischen Migrationspolitik in der Bevölkerung aufs Spiel.» 2011 gab es weniger Asylanträge als heute, aber heute ist die FDP offenbar ganz anders gepolt als vor vier Jahren. Nun findet sie sich in Einklang mit SP-Bundesrätin Simonetta

Sommaruga und vielen anderen aus dem Mitte-links-Lager, die sich empören, wenn jemand die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Asylrecht fordert.

**Bevormundung** – «Die Gesellschaft tendiert zu immer mehr staatlicher Kontrolle statt Eigenverantwortung.» Der Staat trete als Erzieher auf und mische sich mit zunehmenden Eingriffen ins Privat- und Wirtschaftsleben der Bürger ein, etwa bei Finanzen, Erziehung, Lebensgestaltung und Gesundheit. Mit diesen Sätzen macht die FDP in ihrem Programm klar, dass für sie die zunehmende Bevormundung der Bürger unannehmbar sei. Sie fordert eine Kultur der Eigenverantwortung statt der Überregulierung. Das wirkt einleuchtend. Aber warum hat die FDP-Fraktion Ende 2011 bei der Beratung des Gesetzesmolochs «Via sicura» nicht daran gedacht? Damals wehrte sich im Nationalrat nur die SVP dagegen, den ganzen Wust von Sicherheits- und Kriminalisierungsmassnahmen für den Strassenverkehr in ein neues Gesetz zu pressen, das in den Büros von Bundesrätin Doris Leuthards Departement ausgedacht worden

war. Die Abstimmung zu Beginn der Beratungen machte den Weg frei: Sozialdemokraten, FDP, Grüne, Grünliberale und CVP waren bereit, über neue Regulierungen zu reden und neue Gesetze daraus zu machen. Fast alle anwesenden Nationalräte der FDP waren damals für das Eintreten auf diese Vorlage. Nur die Kolleginnen und Kollegen der SVP hielten es für unsinnig, Kindersitzpflichten zu erlassen, Geltungsfristen von Führerausweisen einzuschränken oder Verkehrsvergehen zu kriminalisieren, aber sie waren in der Minderzahl.

**Chemie im Essen** – Im Lebensmittelgesetz geht es unter anderem um Chemie in Lebensmitteln, und dieses Gesetz hat soeben Aufsehen erregt, weil eine Schätzung der Regulierungskosten erschreckende Resultate gebracht hat. Das nicht besonders staatskritische Büro Bass hat im Auftrag von Bundesbehörden Kosten und Nutzen des 2013 revidierten Lebensmittelgesetzes untersucht. Die Belastungen für die Wirtschaft wurden auf einen einmaligen Betrag von etwa 270 Millionen Franken und jährlich wiederkehrende Kosten von 46 Millionen Franken veranschlagt. Hinzu kommen staatliche Aufwendungen von jährlich gegen 20 Millionen Franken. Der Nutzen dagegen ist schwierig zu sehen. Die grösste Motivation dürfte die Regulierungslust von Verwaltung und Politikern gewesen sein. Bei der Revision 2013 stand die Harmonisierung mit dem EU-Recht im Zentrum. Schon bei der Eintretens-debatte wurde kritisiert, dass dieses Gesetz zum schädlichen Moloch werde. Aber 28 FDP-Nationalräte stimmten für die Behandlung. Nur drei (Markus Hutter, Filippo Leutenegger, Ruedi Noser) sagten nein zum Vorhaben, dies zusammen mit der ganzen SVP-Fraktion, die das Projekt für unsinnig hielt.

**Delamuraz** – Die Historiker schreiben die Geschichte nicht mehr mit grossen Männern, also auch nicht mit kleinen. Sonst wäre festzuhalten: FDP-Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (1984–1998) sorgte dafür, dass die Bundesversammlung 1984 überraschend Elisabeth Kopp wählte statt Bruno Hunziker, den seine Partei eigentlich wünschte – der Waadtländer Sonnenkönig brachte die welschen Freisinnigen gegen Hunziker auf, weil er mit ihm im Bundesrat nicht das Volkswirtschaftsdepartement bekommen hätte. Und als Volkswirtschafts-

minister ohne Sachverstand stellte er sich gegen seinen Staatssekretär Franz Blankart (FDP), stimmte mangels Englischkenntnissen und Stehvermögen in der entscheidenden Sitzung einem schlechten EWR-Vertrag zu, trieb das EU-Beitritts-gesuch voran und schimpfte nach dem Nein zum EWR-Beitritt mit dem Volk. Wer die Geschichte aufgrund des Wirkens einzelner Männer schreiben wollte, könnte also den Niedergang der FDP allein mit jenem von Jean-Pascal Delamuraz erklären.

**Energiepolitik** – Heute kritisieren bürgerliche Parteien die Energiestrategie 2050 des Bundes, die Bundesrätin Doris Leuthard kurz nach der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe im japanischen Fukushima 2011 mehr oder weniger in Nachahmung der sogenannten Energiewende in Deutschland auf den Weg gebracht hatte. Kern der Vorlage ist der Verzicht auf Atomenergie in Zukunft sowie die Subventionierung der neuen erneuerbaren oder «sauberen» Energie. Leuthard hat einen riesigen Werkzeugkasten mit finanziellen Anreizen, Subventionen, Geboten und Verboten zur Verfügung gestellt erhalten, um die Energiemärkte in die «richtige» Richtung zu lenken. Die FDP hat mitgeholfen, ihr diesen riesigen Werkzeugkasten zu überlassen. Hätte sich die Fraktion bei der Aufnahme der Beratungen im Parlament klar gegen eine Debatte dieses Themas gestellt, hätte sie dies versuchen können. Aber in der Abstimmung im Nationalrat im Dezember 2014 über das erste Massnahmenpaket waren 55 Stimmen aus der SVP die einzigen, die gegen das Eintreten auf die Vorlage standen, die FDP stimmte mit ihren 26 Leuten für die Diskussion der Energie-Planwirtschaft.

**Frauenquote** – Seit etwa zehn Jahren arbeitet das Parlament an der Revision des Aktienrechts. Seinerzeit im Jahr 2005 hatte man die Reform begonnen, um die Stellung der Aktionäre in ihren Unternehmen zu stärken, aber seither hat es schon zwei riesige Umwege gegeben. Nach 2008 liessen sich die Politiker von der allgemeinen Empörung über hohe Managergehälter ablenken, sie richteten die ganze Vorlage stark auf die Entlohnungsfrage aus, auch weil damals Thomas Minder mit seiner Initiative gegen «Abzockerei» aufgetaucht war. Die Minder-Initiative wurde angenommen, und dann geriet das Parlament ab 2011 in den Bann

der Geschlechterfrage. Frauenförderung und Frauenquoten wurden zum Hauptthema. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse erliess als freiwillige Vorgabe die Regel, dass im Verwaltungsrat kotierter Firmen mindestens eine Frau sein müsse, und der Bundesrat schlägt in der jüngsten Aktienrechtsvariante eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent in Verwaltungsrat wie auch Geschäftsleitung vor. Die FDP stellt sich gegen Quoten, aber 2012 traten FDP-Exponentinnen wie Carmen Walker Späh, Christa Markwalder oder Claudine Esseiva mit der Forderung einer 30-Prozent-Frauenquote auf – zuerst für die öffentliche Verwaltung und bundesnahe Betriebe, später für die Wirtschaft. Damit ist die FDP am Frauenflügel nah bei den Sozialdemokraten, die früher schon schärfere Quotenvorgaben gefordert hatten.

**Gewerkschaften** – «Wir kämpfen für die freiheitliche Ausgestaltung des Arbeitsrechts. Je flexibler die arbeitsrechtlichen Regelungen, desto eher schaffen Unternehmen neue Stellen.» Dieser Satz steht im Programm der FDP, aber FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat seit 2010 etwa zwei Dutzend Gesamtarbeitsverträge zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften für allgemeinverbindlich erklärt – dies allein auf nationaler Ebene. Hinzu kommen über fünfzig Allgemeinverbindlichkeitserklärungen in den Kantonen. So wird die vertragliche Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Gesamtarbeitsverträge staatlich mehr und mehr uniform gemacht. Die Gewerkschaften werden laufend stärker. Bisher hatte die Schweiz einen viel freieren Arbeitsmarkt als die anderen europäischen Länder und deshalb mehr Motivation in den Belegschaften und weniger Arbeitslosigkeit. Dieser Spielraum nimmt nun ab, und administriert wird das Ganze zuoberst von einem freisinnigen Bundesrat, ohne dass dieser sich gross darüber aufregt.

**Hochpreisinsel** – Im August 2011 fiel der Euro-Franken-Kurs kurzfristig auf eins zu eins, im September hat dann die Nationalbank eine Kursuntergrenze von Fr. 1.20 erlassen. In der Schweizer Wirtschaft und Politik beherrschte das Thema «Hochpreisinsel Schweiz» die Debatten, laut klagte man darüber, dass die Wechselkursveränderungen nicht an die Schweizer

Konsumenten weitergegeben würden. Was taten Politiker, die unter Handlungsdruck standen? Bundesverwaltung und Parlament nahmen die damals laufende Revision des Kartellgesetzes zur Hand und bogen diese kurzerhand so zurecht, dass sie dem Publikum als Massnahmenpaket gegen die Frankenstärke verkauft werden konnte. Allen voran ging der Bundesrat mit Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, der das Kartellgesetz mit einem Verbot von speziellen vertraglichen Abmachungen zwischen Herstellern und Händlern versah. Dieses Teilkartellverbot war wie ein Holzhammer, der demonstrieren sollte, dass man gewillt war, mit voller Wucht auf hohe Preise einzuschlagen und Vertriebskanäle zu zerstören. Dass damit auch die Vertragsfreiheit und Geschäftsmodelle kaputtgemacht würden, kümmerte die meisten Politiker in ihrem Eifer wenig. Das linke Lager wollte dann sogar noch eine Art Lieferpflicht für ausländische Anbieter zu Auslandpreisen einbauen. Die Vorlage war damit so überladen, dass der Nationalrat im September 2014 gar nicht mehr darauf eintreten wollte – zum Glück für die Unternehmen und Bürger, die damit einer neuen Gängelung und Geldbelastung entgingen. Die Nationalräte der Sozialdemokraten und der FDP, unter ihnen Parteipräsident Philipp Müller, hätten sich allerdings mehrheitlich gerne der Beratung dieses Monsters angenommen, lediglich die SVP-Fraktion lehnte dies geschlossen ab und trug so erfolgreich zu dessen «Abschuss» bei.

**Innovation** – Die Freisinnigen sind gegen eine Industriepolitik, bei der Firmen direkt mit Geld unterstützt werden. Was sie anstreben, sind «wirtschaftlich optimale» Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung. Ein nationaler Innovationspark, wie er kürzlich im Parlament beschlossen wurde, erscheint weniger verhänglich, er eignet sich nach Ansicht der FDP, um den Austausch zwischen Forschung und Wirtschaft zu verbessern. Der Haken an dieser Sache zeigte sich allerdings erst während der Beratungen im Nationalrat. Im Zusammenhang mit dem Gelände auf dem Flugplatz Dübendorf ist vorgesehen, dass dieses kostenlos vom Staat zur Verfügung gestellt wird und die Baurechtszinsen als Erträge an den Innovationspark fliessen, also im Prinzip neue Forschungssubventionen darstellen. In der

Beratung hat sich praktisch nur die SVP daran gestört, die FDP-Politiker haben für diese Geldinfusion gestimmt.

**Prävention** – Der freie Bürger lässt das Rauchen, trinkt kaum Alkohol, isst wenig Salz, Fett und Zucker, schützt sich vor Sonnenbrand im Solarium und hält sich von süchtig machendem Spielen oder dem Internet fern. Und wenn es der freie Bürger nicht aus eigener Einsicht tut, drängt ihn der strenge Staat dazu: mit Steuern oder Verboten, mit Kampagnen fürs Publikum oder «Empfehlungen» für die Industrie – selbst wenn sie, wie beim Salz, das angeblich dem Herz schadet, auf widerlegten Studien beruhen. Diese unliberalen Umtriebe verdanken die freien Schweizer vorwiegend (angeblich) Liberalen: Bundesrat Pascal Couchepin (FDP), der ab 2003 Thomas Zeltner als Direktor des Bundesamts für Gesundheit ein Präventionsgesetz ausarbeiten liess, obwohl es die Bundesverfassung von 1999 ausdrücklich nicht vorsieht. Amtsdirektor Pascal Strupler (FDP), der unter seinem neuen Chef Alain Berset (nein, nicht FDP) die Bevormundung der Bürger getreulich weitertreibt. Und vor allem Ständerat Felix Gutzwiller (FDP), der als Professor für Präventivmedizin nicht dem mündigen Bürger vertraut. Übrigens: Das Präventionsgesetz scheiterte 2012 ganz knapp im Parlament, den Kampf dagegen führten vor allem Gewerbevertreter aus der CVP – die letzten Liberalen.

**Renten** – Die FDP spricht sich für eine stabil finanzierte Altersvorsorge aus und fordert Reformen der ersten und der zweiten Säule, die ja beide darunter leiden, dass langfristig viel mehr an Rentner ausbezahlt wird, als von den Jüngeren an Einnahmen zu erwarten ist. 2014 hat Bundesrat Alain Berset ein umfassendes Reformpaket vorgelegt, das bei der AHV darauf abzielt, die Finanzierungslücke primär durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu schliessen: Mehr als ein Steuerprozent soll also für die AHV abgezweigt werden. Die FDP meinte damals dazu: «Ausgabenkürzungen und Mehreinnahmen sollen in der Reform ausgewogen sein. Keine wuchtige 2-Prozent-Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten des Sozialstaates.» Das tönt ziemlich unverbindlich. Und als sich kürzlich die Sozialkommission des Ständerats der Berset-Reform annahm und sie ein wenig abänderte, indem sie das Mehrwertsteuer-Plus auf einen

Prozentpunkt reduzierte, aber dafür etwas höhere Lohnbeiträge und Rentenzahlungen vorsah, sagte die FDP nicht viel dazu – ganz im Gegensatz zum empörten Gewerbeverband oder zur SVP. Auf dem Berset-Weg werden die Probleme allerdings nur übertüncht, was die Jungen und die Konsumenten zunehmend belastet. Dass sich die in der Sozialkommission sitzenden FDP-Ständeräte und sozial-politischen Autoritäten Christine Egerszegi und Felix Gutzwiller nicht gerade energisch für die liberale Position gewehrt haben, passt aber ins Bild. Vor allem Egerszegi zählt seit je zum sozialdemokratischen Flügel der FDP und ist immer wieder für eine Umverteilung nach linker Art zu haben gewesen.

**Überwachung** – Wer in der FDP eine Bastion gegen staatliche Überwachung und ausgedehnte Kompetenzen des Sicherheitsapparats vermutet, wird regelmässig enttäuscht. In diesem Jahr behandelte das Parlament gleich zwei Vorlagen aus dem Bereich Justiz und innere Sicherheit. In der letzten Session stimmte der Nationalrat über das Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) ab. Ein furioses Plädoyer gegen den Datenhunger hielt Lukas Reimann (SVP), der das «in Gesetz gegossene Misstrauen» des Staates gegen seine Bürger anprangerte. Die FDP stimmte mit 24 von 27 Stimmen geschlossen für das Schnüffelgesetz. Die einzige Neinstimme aus der Partei kam von Ruedi Noser. Das Nachrichtendienstgesetz hiess die FDP gar einstimmig gut.

**Zentralisierung** – Die Unternehmenssteuerreform III soll dafür sorgen, dass die steuerlichen Regelungen in der Schweiz, vor allem jene der Kantone, so verändert werden, dass sich die Hochsteuerländer aus EU, OECD oder G-20 nicht mehr daran stören. Der Bundesrat will im Vorschlag zur Unternehmenssteuerreform – zum Teil in vorauseilendem Gehorsam – die Besteuerung so einschränken, dass sie international auf Anklang stossen soll. Die damit verbundene Abwanderung von Firmen dürfte zu Mindereinnahmen bei den Kantonen führen, und deshalb ist in der Bundes-reform vorgesehen, dass der Bund den Kantonen unter die Arme greift. Die Vernehmlassung zu dieser Vorlage hat grundlegende Unterschiede zwischen der FDP und der SVP aufgezeigt. Die FDP findet es in Ordnung, wenn der Bund den Kantonen von oben

her mit Finanzausschüssen Lücken schliessen hilft. Dies führt allerdings zu einer weiteren Zentralisierung des Schweizer Steuersystems, weil es eine Vermischung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen gibt. Die SVP dagegen wehrt sich in ihrer Vernehmlassungsantwort gegen die Schwächung des Föderalismus durch Umverteilung von oben nach unten.

**Zwangssparen** – Eigentlich wollten die Bürgerlichen dem radikal linken Volksbegehren einer «echten Volksrente» einen Riegel schieben. Das mit rund 15 Prozent Ja-Stimmen kläglich gescheiterte Volksbegehren der Partei der Arbeit (PdA) konterten sie 1972 mit einem Gegenvorschlag: dem Verfassungsartikel über das Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge. Kernstück: Die berufliche Altersvorsorge, also die Pensionskassen. Im Gegensatz zur AHV sollte die zweite Säule dem individuellen, privaten Vermögensaufbau dienen und keine Umverteilungseffekte beinhalten. Doch unter Mitwirkung der FDP warf das Parlament schrittweise die guten Vorsätze über Bord und liess eine immer stärkere staatliche Dominanz in der zweiten Säule zu. Ein folgenreicher Fehler war im Jahr 2003 die Festschreibung des Mindestumwandlungssatzes im Gesetz, was später die Senkung desselben verunmöglichen sollte. In der Schlussabstimmung hatte Innenministerin Ruth Dreifuss (SP) die FDP fest auf ihrer Seite. Wie in allen staatlich dominierten Bereichen wurde die Regulierung mit der Zeit immer dichter. In den letzten zehn Jahren ging die Zahl der Vorsorgeeinrichtungen um einen Drittel zurück. Weil das regulatorische Dickicht gar dem Bundesrat zu undurchdringlich wurde, setzte er 2012 eine jährlich fünf Millionen Franken teure Obergerichtskommission über die Pensionskassen ein. An der Spitze der Behörde, welche die heutige Vorsorge-Planwirtschaft überwacht, thront FDP-Mann Pierre Triponez. Vorstösse der FDP zur Liberalisierung des Systems sucht man in den Annalen des Parlaments vergebens. Die Forderung nach einer freien Pensionskassenwahl erhob jüngst Thomas Aeschi (SVP), jene nach einer Bereinigung des BVG-Systems um die politische Festlegung von eigentlich ökonomisch vorgegebenen Grössen wie dem Zins und dem Umwandlungssatz ist mit dem Namen von Toni Bortoluzzi (SVP) verknüpft.

## Kommentare

+ **Kommentar schreiben**

---

### Die Weltwoche

[Aktuelle Ausgabe](#)

[Frühere Ausgaben](#)

[Sonderhefte](#)

[Historisches Archiv](#)

[Alle Umfragen](#)

[Die Weltwoche in  
anderen Medien](#)

[Themenschwerpunkte](#)

[Gemeinderating 2017](#)

[Gemeinderating 2016](#)

[Gemeinderating 2015](#)

[Gemeinderating 2014](#)

[Gemeinderating 2013](#)

[Erscheinungsdaten](#)

[Index Artikel](#)

### WW Magazin

[WW Magazin No  
3/2017](#)

[Frühere Ausgaben](#)

[Erscheinungsdaten](#)

### Kundenservice

[Mutationen](#)  
[Abonnemente](#)

[Kontakt](#)

[Newsletter abonnieren](#)

[Referat](#)

[Denkanstoss](#)

[Leserbriefe](#)

[Verkaufsstellen DE/AT](#)

[Smartphone Apps](#)

[Tablet Apps](#)

[Facebook/Twitter](#)

### Abo & Einzelbestellung

[Abonnement](#)

[Studenten-Abo](#)

[Weiterempfehlung mit  
Prämie](#)

[Einzelausgaben](#)

[Mutationen](#)  
[Abonnemente](#)

[AGB](#)

### Platin-Club

[Aktuelle Angebote](#)

[Über den Platin-Club](#)

### Werbung

[Team](#)

[Werbung in der  
Weltwoche](#)

[Werbung im WW  
Magazin](#)

[Werbung auf  
Weltwoche-Online](#)

[Technische Daten](#)

[Tarife](#)

[Sonderwerbeformen](#)

### Umfrage

#### Über uns

[Geschichte](#)

[Publizistische  
Leitlinien](#)

[Redaktion](#)

[Roger Köppels  
Unabhängigkeit](#)

[Roger Köppel Privat](#)

[Pressestimmen zur  
Nationalratskandidatur](#)

[Roger Köppel erklärt  
die Weltwoche](#)

[Verlag](#)

[Impressum /  
Disclaimer](#)

[Kontakt](#)